

Flucht ganz unfehuldig ftellt: als er einmal Nachts die Wache vifitirte, fei er, bei Althamers Haufe angelangt, zufällig Zeuge geworden, wie Althamer feinen Rock und Chorrock hinauswarf und felbft nachfprang. Da Althamer — warum wiffe er nicht — hierauf die Flucht ergriffen habe, feien die Röcke von einem Doppelföldner <sup>1)</sup> aufgehoben und hierauf diefem als Beute zugetheilt worden. Wolf Ziegler bittet ihn bei Recht zu handhaben, da Althamer felbft durch feine Flucht zur Erbeutung feiner Röcke Anlaß gegeben habe und die Handlung im Dienfte des Bundes gefehen fei.

Ob die Korrefpondenz fortgefetzt wurde, ift nicht bekannt. Es bedurfte auch weiterer Aufchlüffe kaum, um unter dem Schafspelz den Wolf zu erkennen.

## Zur Vorgefchichte des Deutfchen Zollvereins.

Auszüge aus Briefen des Freiherrn K. A. v. Wangenheim.

In der Zeit von 1815 bis 1848, ja bis 1866 hat fich in der Deutfchen Gefchichte kein Ereignis vollzogen, das an allgemeiner und nationaler Bedeutung der Gründung des Zollvereins irgend wie gleichgeftellt werden könnte. Es ift deshalb nicht zu verwundern, daß, als allmählig die Erkenntnis der Größe diefer That fich Bahn brach, die Priorität des fchöpferifchen Gedankens derfelben bald für diefen, bald für jenen in Anspruch genommen wurde. Während indeffen Weber, in feiner Gefchichte des Deutfchen Zollvereins 1869 S. 17 Anm., „vor Allem die öffentliche Stimme Deutfchlands als den eigentlichen Urheber bezeichnen“ zu dürfen glaubte, möchte Rofcher, in der Gefchichte der National-Oekonomik in Deutfchland 1874 S. 948, das Hauptverdienst um die Gründung des Zollvereins drei Faktoren zuerkennen: einem großen Staatsmann — Nebenius, einem großen Tages-Schriftfteller — Friedrich Lift, und einer großen Regierung — der Preußifchen. Dabei fucht Rofcher fpäter, S. 995, allerdings auch den übrigen Deutfchen Regierungen noch gerecht zu werden, indem er u. a. bemerkt: „Bayern und Württemberg haben das erfte praktifche Beifpiel gegeben, daß ein wirklicher Zollverein zwifchen unabhängigen Staaten gegründet werden könne, und nachher der König von Württemberg den folgenreichften Schritt eingeleitet, nemlich die Verfchmelzung des kleineren füd-deutfchen Vereins mit dem großen norddeutfchen.“ Schon im Jahr 1833 hat in gleichem Sinne Leopold Ranke, Hiftorifch-politifche Blätter Band II S. 113, auf die Verfuche und Unterhandlungen hingewiefen, welche der Zerfchneidung des Gebiets durch manigfaltige Zolllinien, dem kleinen Kriege der Schmuggelei an den Grenzen, der Erfchwerung des Verkehrs im Innern und, an vielen Stellen, einem übermäßigen Einfluß des Auslandes abhelfen follten, Verfuche, „die vornehmlich dort, wo die Uebelstände am größten waren, in Süddeutfchland, vollzogen wurden“. Ranke hat dazu ausdrücklichs bemerkt: „Jene Verfuche und Unterhandlungen wären ohne Zweifel einer genaueren Auseinanderfetzung werth. Einen fo ungemein guten und vaterländifchen Sinn beurkunden fie.“

<sup>1)</sup> Eine ausgeftrichene Notiz im Konzept lautet: „welcher vom Bund beftellt des Rathes Profos gewefen“.

Einer solchen genaueren Auseinandersetzung haben sich inzwischen Verschiedene unterzogen, mit am gründlichsten und besten Weber, dem nun insbesondere wir Württemberger es zu danken haben, daß er in der schon erwähnten Geschichte des Deutschen Zollvereins das hervorragende Verdienst des Königs Wilhelm und seiner Regierung um das Zustandekommen des Zollvereins wieder in das richtige Licht gestellt hat. Einige Auszüge aus dem Buche mögen das zeigen. Nachdem die Bemühungen beim Bundestag, bei den Karlsbader und Wiener Konferenzen, in Konsequenz des Art. 19 der B.A., das Zollwesen vom Bunde aus einheitlich zu organisiren, erfolglos geblieben waren, nachdem auch die weiteren Verhandlungen zwischen den Südd. Regierungen zu Darmstadt trotz des vaterländischen Sinnes, der sie befehlte, zu dem gewünschten Ergebnisse einer Handelsvereinigung nicht führen sollten, „hatte die Württ. Regierung, welche unstreitig von allen Theilnehmern an den Darmstädter Konferenzen die Idee eines Zollvereins am aufrichtigsten erfaßte und dieselbe ohne alles Bestreben nach einseitigen Vortheilen am beharrlichsten verfolgte, die zweckmäßigsten Schritte zu deren Verwirklichung gethan. Sie hatte mit den beiden Hohenzollern'schen Fürstenthümern Verhandlungen über einen Anschluß an die Württ. Zollverwaltung eingeleitet und dieselben schon im Frühjahr 1824 zu einem glücklichen Ende gebracht.“ Durch diesen Vertrag war „ein großer Theil der Grundlagen eines größeren Vereins bereits faktisch gegeben.“ Auf Betreiben der Württ. Regierung folgten weitere Verhandlungen zunächst mit Bayern allein, dann im Verein mit diesem auch mit anderen Südd. Regierungen auf der Stuttgarter Konferenz im Jahr 1825, schließlich wieder ohne ein positives Resultat. Ja selbst die bereits vorbereitete engere Verbindung zwischen Württemberg und Bayern kam immer wieder nicht zum Abschluße. Ein Thronwechsel gieng in Bayern vor sich. „Da unter dem Drange dieser neuen Verhältnisse von Bayerischer Seite eine definitive Antwort auf die Württ. Vorschläge noch nicht erfolgt war, so ergriff im Dez. 1826 der König von Württemberg eine sich anbietende Veranlassung, um in einem Privat Schreiben dem Könige von Bayern diese Angelegenheit persönlich ans Herz zu legen. Dieser Brief, ein wahres Denkmal echt deutscher Offenheit und des herzlichsten Vertrauens, ward augenblicklich in dem gleichen Sinne erwidert, und so bildete sich aus dem freien Herzenserguß von zwei Monarchen, welche das wahre Wohl ihrer Unterthanen weit über alle kleinliche Rücksichten setzten, die Veranlassung zu dem ersten Zollverein, zu einem Werke, dessen segensreiche Folgen vor den Augen der Gegenwart liegen.“ Schon am 12. April 1827 kam eine Präliminarübereinkunft, am 18. Januar 1828 der Zollvereinsvertrag zwischen Württemberg und Bayern zum Abschluße. Fast gleichzeitig, am 14. Februar 1828, erfolgte die Unterzeichnung des Zollvereinsvertrags zwischen Preußen und dem Großherzogthum Hessen. Eine Annäherung beider Vereine bereitete sich bald vor, und es bedurfte nur eines geringen Anlasses, um dieselbe herbeizuführen. Diesen Anstoß gab der Frhr. v. Cotta. Am 27. Mai 1829 kam es zunächst zu einem Handelsvertrag zwischen beiden Vereinen. Die Verhandlungen über einen beide Theile und noch andere deutsche Staaten umfassenden größeren Zollverein begannen zu Berlin mit dem Jahr 1832. Am 15. Februar wurde der Preußische Vertragsentwurf übergeben. Da trat um die Mitte des Mai „ein Stadium der Verhandlungen ein, dessen Verlauf zu ernstlichen Beforgnissen Anlaß gab und einige Zeit hindurch die Hoffnungen auf einen baldigen allseitig befriedigenden Abschluß bedeutend herabstimmte. Theils einzelne Mißverständnisse, theils auch die Persönlichkeit mancher Bevollmächtigten führten endlose Diskussionen über einzelne Detailfragen herbei. Während die beiderseitigen Erörterungen allmählig fast die Form und die Tendenz von prozessualischen Streitchriften annahmen, be-

schäftigte man sich in München und Stuttgart eifrig mit der Prüfung des Preuß. Vertragsentwurfs, wodurch ein mehrmonatlicher Stillstand der Verhandlungen eintrat.“ Die Bedeutung der Sache und der bisherige Gang, „der deutlich gezeigt hatte, daß unter den Bevollmächtigten Elemente sich befinden mußten, welche einer Verständigung hemmend entgegenstanden, hatte indessen bei allen beteiligten Regierungen den Wunsch rege gemacht, daß in dem Modus der Verhandlungen irgend eine durchgreifende Veränderung vorgenommen werden möchte.“ Die Abordnung höherer Beamten wurde anheimgestellt. Bayern griff die Idee bereitwilligst auf und bestimmte den Finanzminister v. Mieg hierfür. Die K. Württ. Regierung aber gab hierbei ein schönes Beispiel nachbarlichen Vertrauens, indem sie von der Aufstellung eines eigenen Bevollmächtigten ganz absah, vielmehr ihre Vertretung ebenfalls Herrn v. Mieg übertrug. Freilich war dieses auch die glücklichste Wahl, die getroffen werden konnte.“ Am 6. Februar 1833 traf Mieg in Berlin ein und am 22. März Abends 11 Uhr fand die wirkliche Unterzeichnung des Vertrages statt, durch den beide Vereine in einen verschmolzen wurden und mit dem sich nun die lange Reihe der Grundverträge des sich allmählig über immer mehrere deutsche Staaten ausdehnenden Deutschen Zollvereins eröffnete.

Die vorstehenden auszüglichen Mittheilungen aus dem Weber'schen Buche werden durch die dem Verfasser dieser Zeilen bekannten Akten des Finanzministeriums durchaus bestätigt. Die letzteren sind aber noch von einem besonderen Interesse insofern, als sie wiederholt darauf schließen lassen, daß die Zollvereinsidee in Württemberg vielleicht am frühesten bei König Wilhelm selbst einem einsichtigen Verständnisse begegnet ist und daß seiner unmittelbaren Einwirkung zumeist es zu danken war, wenn unsere Regierung von vornherein der Verfolgung jener Idee mit Hingebung sich gewidmet hat. Wir haben in den Württembergischen Jahrbüchern schon des öfteren darauf aufmerksam gemacht, daß zwischen der durch den Nothstand der ersten Regierungsjahre des Königs Wilhelm bedingten Theuerungspolitik und der Gründung so mancher Institutionen der Fürsorge für Arme und Nothleidende, dann aber auch der weit ausgedehnten Agrarpolitik dieses Königs und endlich seinem Interesse für den Zollverein wohl ein innerer Zusammenhang bestanden habe, und zum Beweis für diese Ansicht sollte ja unter anderem schon die Erinnerung genügen an die Bemühungen der Württembergischen Regierung in den ersten Zeiten des Bundestags, um (1817) in dieser Zeit der Noth und Theuerung im Innern des Deutschen Bundesgebiets einen freien Verkehr für die nothwendigsten Lebensbedürfnisse zu erzielen (vgl. hierüber z. B. Gervinus, Geschichte des XIX. Jahrhunderts II S. 503). In der That hat die Theilnahme für den Zollverein den König bis an sein Lebensende nicht verlassen und es trifft insbesondere hier zu, was in seinem vom 20. April 1844 datirenden Testament gesagt ist: „Ich habe für die Einigkeit, Selbstständigkeit, Ruhm von Deutschland gelebt, mein Württemberg über Alles geliebt!“

Von den höheren Beamten nun, welche König Wilhelm in den ersten Jahren seiner langen Regentenlaufbahn zur Seite und zur Verfügung standen, war es vornehmlich der Gesandte beim Bundestag, Freiherr Karl August von Wangenheim, in dessen Händen um jene Zeit die Fäden der Zollverhandlungen zusammenliefen. Derselbe war am 14. März 1773 in Gotha geboren und zuerst in Koburg-Saalfeldsche Dienste eingetreten. Im Auftrage der Herzogin von Hildburghausen nach Stuttgart geschickt, gefiel er dort dem König Friedrich so gut, daß derselbe 1806 den erst drei und dreißigjährigen zum Präsidenten der Oberfinanzkammer ernannte, welche Stellung dieser übrigens schon nach einigen Jahren mit derjenigen eines Kurators bei der Landesuniversität vertauschte. Im Jahr 1815 sehen wir Wangenheim in her-

vorragender Weise als Vertreter der Regierung bei den Verfassungskämpfen betheilig, nach dem Thronwechsel am 30. Oktober 1816 zugleich als Minister des Kirchen- und Schulwesens thätig. Nachdem er aus dem letzteren Posten aus konstitutionellen Gründen schon im November 1817 wieder ausgeschieden war, erhielt er gleichzeitig die Berufung zum württembergischen Gesandten beim Bundestag und entwickelte in dieser Eigenschaft bis zu seiner aus politischen Rücksichten nothwendig gewordenen Zuruhefetzung im Jahre 1823 eine ebenso rührige als bedeutame Thätigkeit. Unter anderem galt dieselbe, wie schon erwähnt, auch den Zollverhandlungen, die zuerst beim Bundestag selbst aufgenommen werden sollten, und welche dann später, im September 1820, nur zwischen Vertretern der süddeutschen Regierungen in Darmstadt, eine Zeitlang ernstlicher und mit mehr Aussicht auf Erfolg betrieben wurden. — Auch später, in seinem langen Pensionsstande von 1823—1850 († 13. Juli), behielt Wangenheim die Zollvereinsfragen im Auge und kam in seinen Briefen gerne auf dieselben zurück.

Bei der großen Vielseitigkeit der Interessen, welche Wangenheim bewegten, bei seinen reichen Erfahrungen und dem weiten Kreise seiner persönlichen Bekannten bieten die Briefe des lebenswürdigen, offenen Mannes sehr viel Anregendes, und so haben uns die von ihm aus Frankfurt a. M., Dresden und Koburg vom Ende des zweiten bis zur Mitte des fünften Jahrzehnts dieses Jahrhunderts an den Geheimen Rath August v. Hartmann in Stuttgart gerichteten Briefe, von denen wir Einsicht nehmen durften, manchen Genuß und manche Belehrung gebracht. Aus denselben sind diejenigen, welche sich auf die Zollfragen beziehen, ausgeschieden worden, um hier zum Abdrucke gebracht zu werden. Ihr Inhalt wird dies rechtfertigen. Zur Erläuterung sei nur beigelegt, daß der Adressat Geheimer-Rath von Hartmann, geb. 1764 † 1849, Präsident der Centralstellen des Wohlthätigkeits-, des landwirthschaftlichen und des Handels- und Gewerbs-Vereins, zugleich aber der Mittelpunkt einer Gesellschaft der ausgezeichnetsten Männer aus den verschiedensten Berufskreisen gewesen ist; daß ferner der gleich im ersten Briefe erwähnte Bruder Hartmanns, Kommerzienrath Ludwig Hartmann von Heidenheim, auf die Darmstädter Verhandlungen berathend einwirken sollte.

K. V. R.

Frankfurt 25. Sept. 1820. Die Konferenz in Darmstadt hat sich konstituiert und bereits 3 Sitzungen gehalten. Der Hauptanstand, welchen Darmstadt und Nassau machten, wurde von mir gehoben, ungeachtet ich noch keine Instruktion, nicht die Andeutung einer solchen habe. Daraus folgerte ich, daß, hätte ich eine, diese schlecht genug sein würde, und that also so, als ob ich der Mattheis wäre, der bricht Eis, und findet er keins, macht er eins — aber ein gutes. Ich habe, wie Du bald hören wirst, nicht falsch geschlossen und wohl daran gethan, den Stuttgarter Herrn selber die Instruktion gegeben, wie sie mich instruiren sollen oder au nit, s'is all' Eins. —

Der Hauptanstand aber war der, daß Darmstadt und Nassau einen durchaus freien Verkehr zwischen den vereinten Staaten und dennoch keine gemeinsame Mauthlinie, sondern jedem einzelnen Staat überlassen wissen wollten, welche Maßregeln er gegen das Ausland ergreifen möchte; sie aber wollten gar keine ergreifen, wie auch bisher gesehehen. Damit war's nix; wir hatten ja wahre Raubstaaten in unsern Verein gezogen und dem Auslande, auf dem Wege der kommodeften Contrebande, Thor und Thür noch mehr geöffnet, als jetzt noch geschieht.

Da schlug ich denn mit einem Dieto darein, das Deinem Bruder, der Dir wohl davon erzählt haben wird, sehr gefallen zu haben schien. Ich gab zu, daß das Prinzip der unbedingten Handelsfreiheit auf einer an sich ganz unbestreitbar richtigen Theorie beruhe, daß es aber dieser, wie jeder Theorie, ergehe: sie sei nemlich nur so lange wahr, als die Vorderfätze, aus welchen sie in der Wissenschaft gefolgert würden, auch wirklich im Leben vorhanden seien. Die beiden Vorderfätze aber — einfaches, auf Grundfätze der Gerechtigkeit gebautes, Abgabesystem und Befolgung der gleichen Grundfätze von Seiten der Staaten, mit denen man in Gewerbs- und Handelsbeziehungen steht — fehlten gänzlich. Man müsse daher den Zoll zwar im Auge

behalten, allein man dürfe nicht mit dem Proclama einer unbedingten Handelsfreiheit, sondern man müsse damit beginnen, die Vordersätze zu realisiren, d. h. man müsse jetzt die nöthigen Vorbereitungen treffen, um, sobald staatswirthschaftliche Rücksichten die Aufhebung aller Mauthen möglich und nöthig machen sollten, daran nicht durch das bisherige falsche Finanzwesen gehindert zu werden, und man müsse, wenn vernünftige Vorstellungen nicht zu gleichen Grundätzen oder doch zu Handelsverträgen mit den Nachbarn führten, Satan durch Beelzebub austreiben, d. h. durch Repressalien die zweiseitige Finanznoth der Regierungen und der Regierten vergrößern; jede Repressalie müsse aber vorher [nach dem doppelten Gesichtspunkte: ob sie wirklich geeignet sei, den Nachbar zu billigeren Grundätzen zu nöthigen, und dann: ob ihre Anwendung dem Vereine nicht etwa noch mehr, als dem Nachbar, schade? sorgfältig und im Einzelnen geprüft werden. Unter diesen Umständen kann ich nur auf dem Grunde der Wiener Punktation unterhandeln.

Diesem Antrag traten sogleich Baiern und Baden, dann auch Nassau, endlich auch Darmstadt bei, und — die Wiener Punktation war sanktionirt. \*)

Es kam jetzt darauf an, ein gemeinsames Zollsystem aufzubauen, das, die einzelnen Interessen möglichst berücksichtigend, dennoch das Ganze höher stelle, als die Theile. Um ein solches System, nach Grundätzen der Gerechtigkeit und auf der Basis der Billigkeit gegen die Einzelnen, aufbauen zu können, wurde nöthig gefunden: 1. daß die einzelnen Regierungen recht scharf und schroff ihr einseitigstes Interesse offenherzig darlegen und 2. diejenigen Notizen schleunigst mittheilen möchten, welche uns für unsere Arbeit, welche dann der Prüfung und Ratifikation der Gouvernements unterlegt werden solle, nöthig wären.

Zu diesem Zwecke wurde das anliegende Fragschema entworfen; die Protokolle theile ich Dir, sowie sie lithographirt sein werden, auch, aber nur Dir und sehr vertraulich mit, weil es nöthig, daß Du au courant bleibest, indem wir darauf antragen werden, unsere Arbeit einer dreifachen Prüfung 1. durch die Lokal- oder Provinzial-Handelskammern, 2. durch eine zu bildende allgemeine Handelskammer, und 3. durch die Regierung — — zu unterwerfen.

Kaum war dies Alles beschloffen und in der Arbeit, so bekomme ich von Wintzingerode, der mir übrigens freie Hand lassen und nur von mir unterrichtet sein will, eine Depesche, in welcher er mir folgende Zweifel gegen die Anwendbarkeit des **Hauptsatzes** der Wiener, nunmehr schon ratifizirten Punktation von Seiten des Finanzdepartements mittheilt.

„Die Rätlichkeit einer gemeinschaftlichen Zolllinie wird um deswillen bezweifelt, weil dadurch die Aufhebung der Binnenzölle nothwendig, damit aber ein beträchtlicher Ausfall in den Staatseinnahmen unvermeidlich, vorzüglich der Ertrag des Salzmonopols und der der Verkaufsaccise entweder gefährdet oder die kostspielige Beibehaltung einer eigenen Zollanstalt erforderlich werde. Deswegen glaubt man der gänzlichen Aufhebung der Binnenzölle eine Vereinigung auf gewisse mäßige Zollsätze und Aufhebung der bisher bestandenen Einfuhrverbote, mit Ausnahme des Salzes, vorziehen zu müssen.“

\*) Dem Präliminarvertrag de dato Wien den 19. Mai 1820 zwischen den Bevollmächtigten von Bayern, Württemberg, Baden, Großherzogth. Hessen, Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha und Altenburg, Sachsen-Hildburghausen, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Koburg-Saalfeld, Nassau und den Reuß'schen Fürstenthümern, zufolge dessen eben die Darmstädter Konferenzen eröffnet worden sind, lag, übrigens vorerst ohne bindende Kraft, als Grundlage für die weiteren Unterhandlungen eine aus 7 Paragraphen bestehende Punktation bei, in welcher es unter anderem hieß:

1. Innerhalb der wechselseitigen Grenzen der pacifizirenden Staaten werden alle Land- und Binnenzölle aufgehoben und dagegen an den äußeren Grenzen derselben, gegen die nicht zu dem Deutschen Bunde gehörenden Staaten sowohl, als gegen die dem Verein nicht beitretenden Bundesstaaten mit gemeinschaftlichem Ermessen der vereinten Staaten solche Zölle angeordnet, welche einerseits dem staatswirthschaftlichen Zweck des Vereins, und andererseits den finanziellen Bedürfnissen der beteiligten Staaten entsprechen.

3. Jedem der pacifizirenden Staaten bleibt zwar unbenommen, in seinem Innern besondere Konsumtionssteuern anzuordnen und zur Erhebung und Sicherstellung derselben die erforderlichen Anstalten zu treffen; jedoch soll hiebei unverletzlicher Grundsatz sein, daß die Produkte und Fabrikate der übrigen im Vereine stehenden Staaten nicht höher als die inländischen belegt werden.

Nur die gegenseitige Einfuhr des Salzes soll von besonderen Verträgen der pacifizirenden Staaten abhängen.

4. Die Zolllinie und die Zollämter der vereinten Staaten werden gemeinschaftlich besetzt.

5. Der Ertrag der gemeinschaftlichen Zölle wird nach dem Mittelverhältnisse getheilt, welches sich nach der Ausdehnung und Bevölkerung der vereinten Staaten ergibt.

Da die Herren Finanziers aber zugleich zugestanden hatten, daß ein Theil des wegfallenden Ertrags der Binnenzölle (und das wird, wenn man die Sache recht angreift, kein unbedeutender Theil sein) durch die, von einer gemeinschaftlichen Zolllinie eingehenden Zölle sich ersetzen werde, und daß NB. zugleich die, durch die Aufhebung der Binnenzölle bedingte, Belebung des Gewerbflusses an sich schon von großem Vortheil für Württemberg sein werde, da dieser nicht, wie Bayern und Baden, von einem, nicht im Vereine stehenden, Staate begrenzt sei und somit von mehreren Seiten, als jene Staaten, einen freien Verkehr mit den Nachbarn gewänne: so hatten sich diese Herren eigentlich schon selbst widerlegt.

Denn, wenn sie dieses zugestehen, so gestehen sie auch zu, daß sie ihre Finanzkünstelei höher stellen, als die, auf Grundsätze der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls gebaute, Finanzkunst, was im Jahr 1820 und in einem konstitutionellen Staate schier unbegreiflich wäre, wenn die süße Gewohnheit des Alten oder das Axiom: „Aemtchen und Verleihung der Aemtchen tragen Kappchen,“ nicht mächtiger wäre, als alle Vernunft. Denn wenn der Erwerbfließ durch eine neue Anstalt in höherem Grade belebt wird, als er bei der Fortdauer einer alten Einrichtung belebt werden könnte: so muß bei der neuen Einrichtung auch mehr erworben werden; wo aber mehr erworben wird, dann kann man auf einem anderen als dem gewohnten Wege doch wohl die gleiche Summe, welche, bei gehemmtem Gewerbflüsse, für den Staat genommen wurde, leichter fortnehmen, als wenn die Hemmung selbst fort dauerte. Das ist so klar, daß das Bestreben, lieber die Erwerbsfähigkeit der Unterthanen und daher ihre Steuerfähigkeit zu vermindern; als die Erhebungsart zu ändern, nicht mehr durch die bloße Anhänglichkeit an das Alte erklärt werden kann.

Dies und Anderes, auf die Widerlegung der einzelnen Zweifel Gerichtetes, habe ich dem Minister des Auswärtigen geantwortet, dabei aber vorzüglich den hochwichtigen politischen Gesichtspunkt einer, auf ein Volksinteresse basirten, Vereinigung Süddeutschlands zu einem organischen Theil-Ganzen Deutschlands, ausgehoben und durchgeführt, und ich habe, zumal ich Trott \*) hier auf seiner Durchreise von Schwalbach nach Stuttgart gesprochen und endoctrinirt habe, gute Hoffnung, daß meine Ansicht werde adoptirt werden, weil man sich, im Gegentheile, fürchterlich blamiren und in der öffentlichen Meinung herabsetzen würde.

Auch darauf habe ich aufmerksam gemacht, daß alle im Verein begriffene Staaten ein beinahe gleiches Interesse haben, sich für die richtige Bezahlung der Monopol- und sonstigen Konsumtionssteuern, durch Gesetzgebung und Aufsicht gegenseitige Sicherheit zu leisten; daß Baden in den Jahren 1800—1810, wo es noch gar keine Mauthanstalt hatte, wohl aber einen höhern Monopolpreis als alle benachbarte Lande, dennoch an Impost 600 000 fl. netto bezog; ich habe aber auch nicht verborgen, daß diese Art von Abgaben an sich schon verwerflich sind und sich voraussichtlich nicht mehr sehr lange gegen die Angriffe der vom Volke unterstützten Stände werden fouteniren lassen, daß die Regierungen vielmehr sich bald genöthigt sehen werden, sich nach einem gerechteren und einfacheren Finanzsystem, das mehr vom Volke selber, als von der Regierung anzuwenden und zu handhaben sein würde, umzusehen.

Wenn es auch unmöglich ist, ein Finanzsystem, wäre es auch das schlechteste, ganz unvorbereitet und auf einmal aufzugeben und dafür ein anderes, sei es auch das beste, zu substituiren: so ist es doch sehr leicht, die wesentlichsten Verbesserungen vorzubereiten und dieselben nach und nach ins Leben einzuführen. Es ist vorauszu sehen, daß in allen Staaten, in welchen Stände auf die Gesetzgebung einwirken dürfen, diese jene Verbesserungen in dem Maße, in welchem sie selber einsichtsvoller werden, immer nachdrücklicher fordern werden. Es gibt ja keinen Staat mehr, in welchem die Unterthanen nicht zu hoch besteuert wären, es gibt aber auch keinen Staat, der die durch die Noth der Unterthanen nothwendig gemachte Erleichterung derselben sofort und früher gewähren könnte, als bis es ihm gelungen, die ganze Staatsverwaltung zu vereinfachen und dadurch weniger kostbar zu machen. Der stärkste Wille, auch der besten Regierung, kann diejenigen Ausgaben, auf welche frühere Gesetze so Vielen einen rechtlichen Anspruch gegeben haben, nicht auf der Stelle durchstreichen; Niemand kann von einer solchen Regierung erwarten, daß eine Vereinfachung der Verwaltung anders als stufenweise und nach dem Maße, wie die Verwaltungstüchtigkeit der Gemeinden erprobt werden wird, erzielt werden könne; Niemand kann die bleibenden Kosten, welche das Heer erfordert, ersparen wollen, so lange stehende Heere nothwendig sind, und Niemand verkennt, daß die Interessen für die Staatsschuld und der Aufwand für den Tilgungsfonds nur in spätern Zeiten von den Etats verschwin-

\*) Freih. von Trott trat am 7. Februar 1818 als Geheimer Legationsrath in Württemb. Dienste und war um die Zeit, aus welcher der obige Brief datirt, als Ministerialreferent von wesentlichem Einflusse auf die weiteren Instruktionen.

den können; allein Jeder, der nicht ganz verblindet, fühlt auch, daß in dem Grade, in welchem die Abgaben hoch sind, auch die Forderung einer gerechten Vertheilung derselben gesteigert werden sollte, und nichts ist doch sowohl unter den Gelehrten als im Volke mehr anerkannt, als die Thatfache, daß das gegenwärtige Finanzwesen aller Staaten die Gerechtigkeit nicht zu seiner Grundlage habe; daß überall Willkür herrsche; daß die enorme Last von ungleichen Schultern getragen werde; daß die Erhebungskosten zu dem wirklichen Ertrage der Staatseinnahmen in keinem Verhältnisse stehen; daß ein großer Theil desselben in den Sackel der Administratoren falle und der Staatskasse entwendet werde.

Wer mag wünschen, daß es so bleibe? und wer, der es dennoch wünschen könnte, möchte wännen, daß es in dieser Zeit so bleiben könne? Soll denn nichts, was verändert und verbessert werden muß, durch die vorangehende Einsicht der Regierungen und ihren kräftigen Willen verändert und verbessert werden? Soll denn alle Verbesserung von unten herauf erst provoziert und dann von Oben herab erst nachgegeben werden müssen?

Der Verein der süddeutschen Staaten auf Herstellung eines gemeinschaftlichen Handelssystems wird aber bei der Schwierigkeit, dieses System, neben allzu verschiedenen und schlecht kalkulirten Finanzsystemen konsequent und daher mit dem größtmöglichen Vortheil durchzuführen, die Regierungen bestimmen müssen, auch darauf zu denken, wie ein jenem hohen Interesse analoges besseres Finanzsystem nach und nach eingeführt werden könne, und — ich habe es unumwunden herausgesagt — dieses nothgedrungene Denken wird nicht die schlechteste Frucht des schönen Samens sein, den die Wiener Punktation in den lechzenden Boden der Gegenwart gelegt hat: denn ist einmal der große Vortheil der Handelsvereinigung in der Erfahrung erprobt worden, und man denkt über die Möglichkeit einer Finanzverbesserung nach, so wird man, was jetzt noch nicht der Fall ist, den Zweck ernstlich und wahrhaft wollen, auch um die Mittel, ihn zu erreichen, nicht mehr in Verlegenheit sein. Sie liegen dicht unter der Decke, welche das Vorurtheil über sie gelegt hat; wird diese Decke von einem eigenen und höheren Interesse gelüftet, so springen die Mittel so klar in die Augen, daß Jedermann sich wundern wird, sie nicht schon längst gesehen und ergriffen zu haben, während derjenige, welcher sie früher, als das Bedürfnis gefühlt wird, zeigen wollte, ganz gewiß unverstanden bleiben, wahrscheinlich für einen Thoren gehalten werden würde.

Der Vorschlag, an die Stelle der in der Wiener Punktation stipulirten Aufhebung aller Binnenzölle innerhalb des Bezirks der vereinten Staaten gewisse und mäßige Zollsätze und Zurücknahme aller Einfuhrverbote zu setzen, würde, wenn er realisirt werden könnte, Württemberg allein oder doch am meisten schaden. Denn wenn Württemberg seine Zollsätze gegen Bayern und Baden herabsetzen würde, so würde ja der so sehr gefürchtete und dann gewiß schwerer zu deckende Etatsausfall ganz gewiß sein, weil kein Ersatz von der gemeinsamen Mauthlinie zu hoffen; der Markt für unsere Weine und unsere gröbern Manufakturen würde theils gar nicht, theils nur unbedeutend erweitert, die Gewerbs- und Steuerfähigkeit der Unterthanen nicht erhöht. Denn so viel ist doch klar, daß die Staatseinnahmen, wenn man den Ausfall, den eine Herabsetzung der Zölle gegen Baden und Bayern gewiß zur Folge haben würde, zu der Einnahme aus der künftigen gemeinsamen Zollkasse hinzufügt, der jetzigen Einnahme minus derjenigen, auf welche das Finanzdepartement, um die Binnenzölle herabzusetzen, verzichten will, sicherlich gleichkommen, wahrscheinlich aber sie bedeutend übertreffen werde, daß also aller politische und staatswirthschaftliche Vortheil als reiner Gewinn betrachtet werden müsse.

Allein dem sei wie ihm wolle, eine Uniformität oder auch nur ein Maximum der Zölle ist in und durch den Verein gar nicht zu erreichen: denn kein einziger der vereinten Staaten, am wenigsten Bayern und Baden, gehen, dafür kann ich bürgen, darauf ein, und darauf hauptsächlich stützt sich meine Erwartung, daß alles gut gehen werde. Nachdem die Wiener Punktation bekannt geworden, kann kein einzelner Staat davon zurücktreten, ohne sich vor ganz Europa zu brandmarken und sich von den Nachbarstaaten zu isoliren.

Immer wird es mir interessant sein, Deine Meinung zu hören, und besonders wäre mir eine Vervollständigung des Fragchemas interessant.

Frankfurt den 3. Oktober 1820. Als Nachtrag zu den gestern durch Einschluß an die Registratur des Departements der auswärtigen Angelegenheiten Dir zugefandten Protokollen der Darmstädter Konferenz, empfängst Du heute einen dazu erstatteten Bericht.

Statt aller Instruktion und statt der Subsidien, die Du in Deinem Berichte als nothwendige so richtig als dringend bezeichnet hatteft, erhielt ich gestern

1. eine durchgeführte Zollordnung mit dem Tarif von 1812 und eine Bezeichnung der nachgefolgten Verordnungen, die man einen Kommentar zu benennen beliebt;

2. Jahresbilanzen vom Jahr 1812/19, ohne alle Erläuterung und ohne alle Bemerkungen;
3. eine Ertragstabelle für 1818/19, welche sämmtliche indirekten Steuern von 1810/19 umfaßt, und
4. eine Zollertragstabelle für 1819/20.

Das Finanzministerium äußert dabei, daß ich durch diesen Quark, der freilich auch nothwendig, in den Befitz aller Notizen komme, welche ich vor der Hand bedürfe!!

Ich bitte Dich, um der guten Sache willen, dringend, mir soviel an Dir und der Handelskammer \*) ist, vertraulich mitzuthemen, denn ich kann mich fast des Verdachts nicht mehr erwehren, daß man von Seiten des Finanzdepartements mit übelm Willen an das Geschäft gehe. Auch Dein Bruder behauptete: er habe an Weckherlin eine gewisse Erkältung wahrgenommen, die er vorher gar nicht gehabt habe.

Auf desto bessern Willen glaube ich beim Departement der auswärtigen Angelegenheiten rechnen zu können. Hast Du nicht Gelegenheit, Wintzingerode darüber zu sprechen und ihn zu unterstützen?

Treibe und halte ja zusammen, was nur irgend Treibens und Zusammenhaltens bedarf. Das Gelingen der Sache ist von ungeheurer Wichtigkeit. Es gibt uns eine Basis in Deutschland, ohne welche die einzelnen Staaten der Macht der Ereignisse und dem übeln Willen der Mächtigen unmöglich die Spitze bieten können, — wir beinahe am wenigsten. Sie merken's auch und haben bereits die Laufgräben zu machen angefangen.

Frankfurt den 28. Dez. 1821. Den Verhandlungen über das gemeinsame Zollsystem geht zur vollständigen Berücksichtigung noch die Bayrische Erklärung ab, welche aber — polemisch gegen Badens Egoismus, aber tüchtig in die Sache eingehend — demächst erfolgen wird. Lerchenfeld hat Wort gehalten und er pflegt — zumal kurz vor einem Landtage — durchzusetzen, was er einmal durchsetzen will. An der Höhe und Niedrigkeit der Zölle — wie überhaupt am Finanziellen im engeren Sinne — scheitert die Sache nicht. Lerchenfeld ist in dieser Beziehung zu jedem Opfer bereit und wir gehen, was Weckherlin auch sagen möchte, mit Bayern nach. Wären auch rechte Tröpfe, wenn wir es nicht thäten: denn kein Staat gewinnt bei der Handelsregung verhältnismäßig mehr als wir — nemlich alle Traufzölle, die wir für Aus- und Eingang bezahlen mußten.

Die Hauptschwierigkeit liegt in der Erhebungsweise. In diese hat Nebenius alle Schlaueit seiner Badischen Politik verborgen. Tritt die Grenzbehandlung — ohne Lagerhäuser — ein, gute Nacht Zwischenhandel! Der Bayrische Techniker hat mir aber noch über Mehreres die Augen geöffnet. Sobald ich kann, theile ich Dir seine Widerlegung der Badischen Ansicht mit.

Frankfurt den 4. März 1823. Zwei Handelskonferenzen wurden an meinem Sopha gehalten. Die Sachen haben sich besser gestaltet als man fürchten mußte. Nachgiebigkeit bei weniger wesentlichen Punkten, Festigkeit in ernster Sprache bei wesentlichen Punkten gezeigt, und das gute Einverständnis, das zwischen mir und den beiden Hessischen Bevollmächtigten besteht und an welchem jede Einflüsterung scheiterte, haben Nebenius zu dem Geständnisse gezwungen: er sehe ein, daß seine Regierung nunmehr nachgeben müsse. Am 21. dieses Monats kommen wir wieder zusammen.

In dieser Konferenz werden die Resolutionen der Regierungen auf unsere gemeinschaftlichen Anträge hoffentlich zu dem Resultat führen, daß wir eine gemeinsam verfaßte Erklärung der Bayrischen Regierung zur endlichen Gegenerklärung vorlegen können. Sie wird nichts enthalten, was Bayern nicht annehmen könnte. Lerchenfeld, der sich immer selbst gleich ist, wird dann, wie früher, das Rechte wollen. Ob ihn aber die . . . . . Rechbergische Partie zum vollbringen gelangen lassen wird, das ist eine andere und sehr zweifelhafte Frage. Indessen es gibt eine force des choses, der auch der Unfinn dieser Leute nicht widerstehen kann. In jedem Falle werden sie einen harten Stand haben, wenn unser Hof den Hessischen Antrag genehmigt, welcher dahin geht, daß er einen tüchtigen Mann nach München sende, welcher im Namen der übrigen die Sache dort persönlich verhandle, und — wenn dieser Mann Trott ist.

Dresden den 16. Januar 1824. In Darmstadt ist von einem Deputirten der Antrag gemacht worden, das Großherzogthum in den preussischen Mauthverband aufnehmen zu lassen. Es wäre doch drollig, wenn die sublimen bayrische Politik uns in die Krallen des preussischen Adlers triebe. O insaneta simplicitas!

\*) Darunter wird wohl der Handels- und Gewerbeverein zu verstehen sein, dessen Gutachten für die Darmstädter Instruktionen gleichfalls benützt werden sollte.

Coburg 1828. Die Umstände haben auch eine Korrespondenz zwischen mir und ihm (Lerchenfeld), dem sie einmal von dem Gouvernement des alten Königs von Bayern förmlich unterlagt war, wieder in Gang gebracht, und zwar sehier über denselben Gegenstand — über die Vereinigung der mittleren und kleinern deutschen Staaten zwischen Oesterreich und Preußen auf der nationalen Grundlage gemeinsamen Handels- und Mauthsystems. Die Bayern aber haben, trotz meiner Warnungen und Bitten, wie früher, so auch jetzt wieder, in ihrer einseitigen süddeutschen Unpolitik, den Pflock neben das Loch gesetzt. Kurhessen, das jeder Handelsvereinigung, die neben Preußen entstehen und bestehen soll, unentbehrlich ist, war die Braut, um welche Preußen durch Darmstadt, Sachsen, Hannover und Bayern, jeder Staat für sich abfondert, tanzten und buhlten, ohne daß einer von ihnen das wahrhafte Heffische Interesse und dessen möglichste Befriedigung, ohne welche doch auf die Dauerhaftigkeit eines Vertrags mit diesem interessanten Staat gar nicht zu rechnen ist, umfassend in's Auge gefaßt hätte. Sie verdarben sich gegenseitig den Markt und erregten sich Widerstand, wo sie auf Beifand hätten rechnen sollen und können. Bayern verwarf meinen Rath, gleichzeitig, wenn auch abfondert, mit Hessen und Sachsen zu unterhandeln; Sachsen und Hannover hingegen ließen sich belehren und handelten gemeinsam. Nun haben wir die dumme Geschichte. Gestern erhalte ich vom sächsischen Gefandten zu Cassel die Nachricht, daß es dem G.R. v. Lindenau gelungen ist, den Bayern Hessen abspenstig zu machen und in den großen sogenannten negativen Verein, an dessen Spitze Sachsen und Hannover stehen, wirklich hineinzuziehen. Indessen auch dieser Verein, der, als negativer, nicht bestehen kann, wird, sobald er in die Positivität heraustreten soll und will, zuverlässig auch dumme Streiche machen: denn schon jetzt haben sie darin völlig widerstrebende Elemente, wie die Hanfsaftädte, dummerweise aufgenommen und scheinen noch einfältiger die Aversion, die ihnen Bayern bewies, nun hinwiderum den Bayern auch ihrerseits zeigen zu wollen, nicht übel Luft zu haben. Wird Kurhessens ganzes kommerzielles und politisches Interesse in dem Vereine nicht befriedigt, so schnappt es bei der ersten Gelegenheit, und die zeigt sich der übeln Laune überall, ab und dann unfehlbar dahin über, wo, für Alle ohne Ausnahme, die größte Gefahr liegt, — zu Preußen. Hessens geographische, kommerzielle und politische Lage fordert zur Integration seines Systems drei Elemente mit beinahe gleicher Nothwendigkeit — Hannover, Sachsen und Bayern. Gerade diese Vereinigung aber, die alle übrigen kleinen Staaten in sich aufnehmen kann und wird, wird auch von dem wohlverstandenen Interesse jedes der andern drei Staaten unbedingt gefordert. Ich werde morgen darüber ein kleines Memoire an Lerchenfeld schicken, der mich aber nirgends als Verfasser nennen darf, weil ich eben nur gehandelt haben will. Ich werde auf den negativen Verein nicht ohne Einfluß bleiben, weil einige Matadore Vertrauen zu mir haben. Vielleicht gelingt es, etwas zu Stande zu bringen, was weder der norddeutsche, noch der süddeutsche Verein wollen — nemlich ihre Vereinigung zu einem reindutschen. Hätte ich noch die Correspondenz mit Schmiz-Grollenburg, so könnte diese jetzt wohl utilisirt werden; allein gerade seit dem Augenblicke, wo ich ihm eine sehr interessante Nachricht von Dresden aus schrieb, beobachtet er ein hartnäckiges Schweigen. Wahrscheinlich hat er von jener Notiz, wie es auch recht war, Gebrauch gemacht und man hat ihm dann die Correspondenz mit mir verboten. Cum ceteris!

Coburg den 5. April 1830. Es interessirt in diesem Augenblicke, wo es sich zwischen dem Preußischen Gouvernement und der hiesigen Regierung um den künftigen Beitritt für die Gothaischen Lande zum Preußischen, für die Coburg'schen zum Bayrischen Mauthsysteme, dem sich Meiningen anzuschließen versprochen hat, handelt, den hiesigen Minister v. Carlowitz, meinen sehr guten Freund, gar sehr, baldigst mit Sicherheit zu erfahren, ob es wahr sei was man ihm geschrieben, daß, wie die Großherzogl. Heffischen, so auch die K. Württembergischen Landstände den König gebeten hätten, dafür zu sorgen, daß zwischen Bayern, Hessen-Darmstadt, Preußen und Württemberg die Mauthlinien ganz aufgehoben und nur von Einer gemeinschaftlichen Zollgrenze, unter Annahme desselben Zollsystems, umschlossen werden möchte und was, wenn dieser Antrag wirklich stattgefunden haben sollte, darauf der König resolvirt habe oder doch wahrscheinlich darauf resolviren werde, d. h. ob Hoffnung vorhanden sei, daß man endlich nach so glücklichen vorläufigen Versuchen anfangen werde, zum Besten von ganz Deutschland, die Bretter aus ganzem Holze zu schneiden?

Da uns die Allgemeine Zeitung, ich begreife nicht aus welchem Grunde, über die Württembergischen Landtagsverhandlungen, gegen ihre sonstige Gewohnheit, mit alleiniger Ausnahme des sehr interessanten und erfreulichen Finanzberichts, ganz im Dunkeln gelassen hat, so bitte ich Dich, theurer Freund, angelegentlichst, mir die erbetene Aufklärung so bald und so umständlich als immer möglich, zu verschaffen.

Coburg den 23. Juni 1831. Für solche Zeit des Heraustretens aus der dermaligen gefährlichen Krisis ist doch auch in Deutschland Manches auf erfreuliche Weise vorbereitet worden. Preußen verläßt seinen engherzigen und von Deutschland isolirenden Standpunkt immer mehr, erschrickt nicht mehr vor liberalen Ansichten und fühlt das Bedürfnis, seiner Länge auch Breite und Tiefe und zwar auf dem Wege organischer Association zu geben, immer mehr; Bayern hat Lektionen empfangen und angenommen; das Territorial- und kommerzielle Verhältnis zwischen diesem Lande und dem in letzter Beziehung so wichtigen und seither so halsstarrigen Baden, ist, Dank sei es unserm Könige! materiell bereits geordnet und wird es bald auch formell sein. Diese drei Staaten werden dann, nebst Darmstadt und wahrscheinlich auch Kurhessen, zu Preußen in ein Verhältnis treten, das die übrigen deutschen Staaten nachziehen muß. Einmal für Deutschland Einheit des Systems für Mauth und Handel hergestellt, fällt ihm die Einheit der Politik und mit ihr die Kraft, ihre eigene zu behaupten, gleichsam von selbst zu. Auch mag man inzwischen über Mehreres, als man noch weiß, in Süddeutschland einig geworden sein. Aber nicht allein die Fürsten einigen sich, auch ihre Völker richten sich in Eine Linie. In Baden und Bayern ist in dieser Beziehung ungemein viel geschehen. —

Coburg den 7. September 1832. Unter den Notizen hat mir die über die Hemmnisse, welche dem Abschlusse des Handels- und Mauthvertrags zwischen Bayern und Württemberg einerseits und Preußen und den beiden Hessen andererseits entgegenstehen, den meisten Kummer gemacht und zwar umso mehr, als in dem Briefe, welchen mir darüber der liebe Heidenheimer nachsendete, die ganze Schuld auf die süddeutschen Regierungen geschoben und mir diese Nachrede auch von Berlin aus in einer Art bestätigt wurde, welche mir durch das, was man mir über eine angebliche Aeußerung Moriz Mohl's vor seiner Abreise nach Berlin hinterbrachte, noch glaubwürdiger wurde. Ich war schon halb getröstet, als ich aus völlig zuverlässiger Quelle erfuhr, daß, wenn auch jene wichtigen Unterhandlungen vor der Hand scheitern sollten, an solchem Unglücke nicht die süddeutschen Regierungen, sondern nur allein die preussische die Schuld tragen würde. Nunmehr aber hat auch die Stuttgarter Zeitung, nach welcher halboffiziell dem Gerüchte, als seien jene Unterhandlungen abgebrochen, bestimmt widersprochen wird, ganz getröstet. Mich freut die neue Wendung, welche die so wichtige Angelegenheit genommen haben muß, um so mehr, da die Antwort, welche Preußen auf unser Ultimatum geben wollte, so geeigenschaftet war, daß man in Berlin selbst jede Hoffnung aufgegeben hatte, die Verhandlungen fortgesetzt zu sehen. Diese Antwort muß aber erst unter der Feder sehr bedeutende Modifikationen erhalten haben, da jener Zeitungsartikel darin kein unübersteigliches Hindernis erblickt, sondern vielmehr zu einem glücklichen Endergebnisse Hoffnung gibt, welche durchaus nicht gegeben werden könnte, wenn Preußen nicht von jenen zwei Dir mitgetheilten, völlig unzulässigen Forderungen in Beziehung auf das Stimmenverhältnis und die Abschließung von Handelsverträgen abstrahirt hätte. Ist dies, wie ich kaum zweifeln kann, der Fall, so verdanken wir diese Bekehrung zuverlässig nur dem glücklichen Umstande, daß Preußen hinter Oesterreichs Umtriebe gegen wirklich etwas setzende Handelsvereinigungen kam, über deren Erfolg Niemand mehr zweifeln kann, welcher dem Hannövrer, seit dem Januar im Bremer Wochenblatte besprochenen Antrag auf Fixirung der Transitabgaben gelesen und die zwei ironischen Anhängsel über vielleicht mögliche Begünstigung deutscher Waaren vor fremden und über die bloß mögliche Möglichkeit, die Contrebande zu verhindern, ein wenig medirt hat. Hier spricht sich das einseitige Interesse reiner Handelsstaaten (die Hansestädte, Frankfurt, Braunschweig, ein kleiner Theil von Hannover und ein noch kleinerer von Holstein gegenüber dem ganzen übrigen fabrizirenden Deutschland) aus, und dient zugleich dem öfterreichischen Interesse und dessen Wahlsprüche: *divide et impera!* Nur durch Erregung und Nahrung des Zwiespalts kann es der Alternative entgehen: entweder allen seinen Einfluß auf Deutschland zu Gunsten Preußens zu entlagen, oder sich mit seinen deutschen, schon gegen Ungarn und Italien abgeschlossenen Provinzen dem preussisch-deutschen Handels- und Zollsysteme ebenfalls anzuschließen. Darum tergiversirt es, weil es jenes nicht kann, ohne sich der größten Isolirung auszusetzen, dieses nicht kann, ohne das Illiberale mit dem Liberalen in gefährlichen Contact zu bringen. Und doch wird es zwischen den zwei Uebeln wählen müssen; die Wahl muß auf die Vereinigung mit Deutschland fallen. — Seitdem der preussisch-hessische Zoll den Bezug der Colonial-Manufakturwaaren aus den Hansestädten schwierig macht, wurden diese aus Holland bezogen. Sie gehen von dort als Transito, nach Sachsen bestimmtes Gut bis Nürnberg und Bamberg. Dort werden Fässer und Ballen gegen ganz gleiche, mit Steinen u. s. w. gleichgewichtig gefüllte Fässer und Ballen ausgetauscht. Letztere kommen dann nach Sachsen und erstere bleiben unverzollt im Bayrischen Franken. Ich habe nichts dagegen, wenn Du über diesen modum procedendi dem Ober/teuerrath Miller oder auch einem andern Zollmanne einen Wink geben willst.

Coburg den 30. August 1833. Ich habe gestern an den guten Raidt geschrieben, theils weil ich ihm auf einen langen Brief lange eine Antwort schuldig war, theils aber auch, weil ich ihm und seinen politischen Freunden, nachdem mein Gespräch mit Zais über den Preuß.-Württemb. Zoll- und Handelsverein, wie mir die Erneuerung seiner Motion dagegen erwies, nichts gefruchtet, noch einmal den Unverstand einer Auflehnung dagegen auseinanderzusetzen und an's Herz legen wollte, damit von meiner Seite wenigstens alles geschehen sei, was mir die Liebe für Württemberg und Deutschland zur Pflicht zu machen schien, ob ich gleich fürchte, daß ein Ereignis, welches ich vor 3 Jahren dem Könige voraus sagte, so unwahrscheinlich es auch ihm und Vielen schien, zu früh eintreten werde, um nicht den Abschluß unserer Verhandlungen von einer andern Seite zu stören.

Ich darf wohl voraussetzen, R. werde Dir auch erzählt haben, daß sich Oesterreich entschlossen habe, dem Vereine, welchen Preußen seit Jahren mit fast allen deutschen Staaten mühsam unterhandelt, nunmehr, da es denselben nicht mehr zu hintertreiben im Stande zu sein glaubt, ebenfalls beizutreten. Das wäre nun freilich an sich recht gut und schön, wenn nur der Vertrag mit den anderen deutschen Staaten schon abgeschlossen wäre und es sich um den bloßen Beitritt oder Nichtbeitritt Oesterreichs handelte; allein ich befürchte, daß es sich in die Unterhandlungen selbst noch einzumischen suchen werde, um — diesen wo möglich eine endlose Dauer zu geben und nichts zu Stande kommen zu lassen. Zwar werden sich die preußischen Finanzmänner mit Hand und Fuß dagegen stemmen, was wird es aber helfen, wenn Metternich den charakterlosen Ancillon in Teplitz abgefangen haben oder bei noch bevorstehenden Verhandlungen, an denen, da Münch-Bellinghaußen auch nach Böhmen gerufen wurde, nicht zu zweifeln sein dürfte, abgefangen wird. Eichhorn aus Berlin schrieb zwar aus München hierher, daß er daselbst über die Hauptschwierigkeiten hinüber sei und der baldigen Ratifikation entgegengehen werden dürfe, der König von Bayern gab aber dem Herzoge von Coburg, der ihn darüber in Brückenau befragte, ebenfowenig eine unumwundene Antwort, als unser Freund Lerchenfeld in Carlsbad auf gleiche Frage dem hiesigen Minister v. Carlowitz. Ich traue daher dem Landfrieden noch keineswegs, ob ich gleich die Ordensvertheilung an den Steuerrath Miller und seine Wiederabfendung nach Berlin nur für ein gutes Zeichen halten kann. Unstreitig ist zwar Schmiz-Grollenburg besser von allen diesen Dingen unterrichtet als ich; indessen wünschte ich doch, daß er die verba ipsissima kenne, die Münch-Bellinghaußen vor wenig Wochen dem Herzoge von Coburg in Frankfurt sagte: „Es ist,“ sagte er, „kaum mehr zu zweifeln, daß nicht der Zollverein zwischen Preußen und den „meisten deutschen Staaten zu Stande kommen sollte, und wir sind entschlossen, demselben ebenfals beizutreten. Der Kaiser hat sich zwar über diesen Gedanken gar sehr verwundert: allein „es ist der gemeinschaftliche aller seiner Minister und jetzt auch der seinige.“ Ich wollte, es wäre so weit; allein ich traue den Schleichern nicht, die so gerne Unkraut unter den Weizen streuen, streuen und streuen werden! Ein alter Bekannter von mir — der Ministerialrath Kessler, der eben die preußischen Domänen verschiedener Regierungsbezirke visitirt — theilte gestern Abend noch meine Beforgnis.

Lerchenfeld hat sich in Carlsbad zusehends erholt und mit der Gesundheit kehrte auch eine gewisse Heiterkeit in sein Gemüth zurück. Dort hat Carlowitz ihn und einen bayrischen Finanzmann im Zollwesen mit einem preußischen Matador im Zollwesen, den er in Berlin genauer hatte kennen lernen, näher zusammengebracht, wo denn eventualiter über die Ausführung gar viel abgemacht worden sei, falls der Verein wirklich noch zu Stande kommen sollte.

---

## Ein Blick in das Herzoglich Württembergische Offizierkorps des vorigen Jahrhunderts.

(Schluß).

---

Was das Königreich Preußen anlangt, so war dasselbe im Vergleich mit den Deutschen Kleinstaaten im Herzoglichen Offizierkorps ziemlich spärlich vertreten, was wohl in erster Linie darauf zurückzuführen sein mag, daß das Preußische Heer selbst groß genug war, allen irgend nach dem Waffenrocke gelüstenden Elementen Raum zu bieten. Die Einverleibung Schlesiens in den Preußischen Staatskörper hatte denn auch zur Folge, daß der dem Württembergischen